

United We Stand!

Gegen staatliche Repression und Polizeigewalt in Hamburg, Kiel und überall!

Anfang Juli fand in Hamburg der G20-Gipfel statt, bei dem Zehntausende Menschen gegen Krieg, globale Ungleichheit, undemokratische Institutionen und für grenzenlose Solidarität auf die Straßen gingen. Doch der Polizeieinsatz trat das Versammlungsrecht mit Füßen, versuchte die Protestierenden mit massivem Gewalteininsatz an ihrer Meinungsäußerung zu hindern, verbreitete Fake-News und setzte sich über rechtsstaatliche Prinzipien hinweg. Neben den Demonstrierenden wurden auch Journalist*innen und Anwohner*innen schwer verletzt und inhaftiert. Auch jetzt noch kommen regelmäßig ungeheuerliche Tatsachen ans Licht, so beispielsweise, dass die Polizei Granatpistolen einsetzte.

Und weiterhin sitzen viele Aktivist*innen mittlerweile vier Monate in Untersuchungshaft oder wurden bereits in politischen Prozessen verurteilt, die mit bis zu 2 ½ Jahren Gefängnisstrafe weit über das übliche Maß hinausgehen. Den Angeklagten und Verurteilten wird dabei oft lediglich vorgeworfen, an Demonstrationen teilgenommen zu haben, von denen Straftaten ausgingen, während kein Beweismaterial vorliegt, das die Taten mit ihnen in Verbindung bringen würde. Diesen Montag, am 12.11.2017, wurde nun wieder ein 19jähriger zu einer auf Bewährung ausgesetzten Gefängnisstrafe verurteilt. Aus Solidarität mit ihm und allen politischen Verfolgten gehen wir heute hier in Kiel auf die Straße!

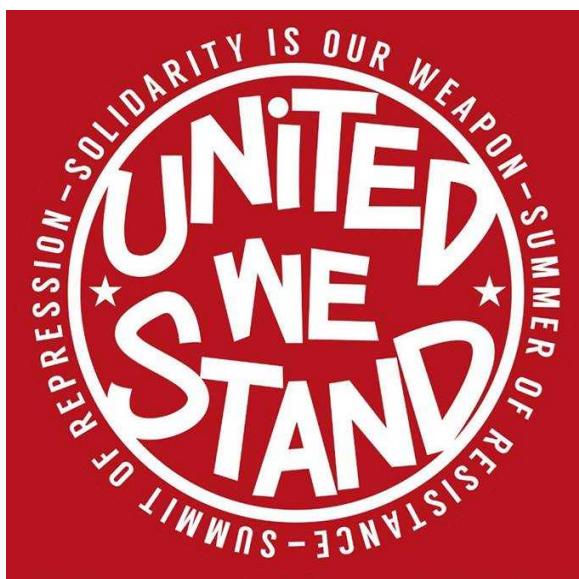
Denn der Ausnahmezustand von Hamburg mit seiner Polizeigewalt, die unverhältnismäßige Rechtsprechung, und die öffentliche Diskussion, die die alltäglichen Schrecken, die von der Politik der G20 ausgehen ignoriert und stattdessen linke Aktivist*innen, die für eine gerechtere Welt auf die Straße gehen kriminalisiert, reiht sich ein in einen umfassenden Rechtsruck in Deutschland und weltweit. Davon sind wir alle betroffen. Die Antifaschistin in Kiel, der ein Polizist am 14.4.2017 nachts in Mettenhof das Knie zertrümmerte, weil er sie der Demontage eines AfD-Plakats verdächtigte. Die linke

Informationsplattform linksunten.indymedia, die im August verboten wurde. Aktivist*innen, Wohngemeinschaften, Handyläden und soziale Zentren, die im Zuge dieser Kriminalisierungen durchsucht wurden – soziale Hintergründe, politische Haltungen, freie Meinungsäußerung und öffentliche Versammlung werden pauschal als gefährlich deklariert, diffamiert und verfolgt.

Diese Einschränkung demokratischer Grundrechte betrifft uns alle! Informiert euch, solidarisiert euch und kommt mit uns auf die Straße gegen den Rechtsruck und für eine gerechte Welt für alle.

Solidarität mit den Angeklagten der G20-Proteste!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!



unitedwestand.blackblogs.org /// g20kielholen.blackblogs.org